

Sebastian Freiherr v. Rotenhan

***„....damit keiner mehr sagen kann,
er habe es nicht gewusst!“***

10 Jahre später....



Mancher Politiker, Forstmann oder Jäger wird sich daran erinnern, dass ich vor genau zehn Jahren ein Heft mit obigem Titel herausgegeben habe, in welchem ich die unerträglichen, jagdlichen Zustände in Brandenburg gegeißelt habe. Ein Jahrzehnt später ist es wohl an der Zeit, einmal nachzusehen, ob mein Pamphlet auch nur das Geringste bewirkt hat. Um das Ergebnis vorwegzunehmen – Fehl- anzeige auf ganzer Linie.

In Brandenburg – und dasselbe gilt auch für Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – ist es bis heute nicht gelungen, den aus DDR-Zeiten herübergebrachten Filz aus organisierter Jägerschaft, Forstbeamten und staatlichen Jagdbehörden auch nur im Ansatz zu durchbrechen. Man steckt unter einer Decke und fühlt sich dort ausgesprochen wohl. Dabei gibt es natürlich auch in diesen Bundesländern Wald- und Jagdgesetze. Die für die Überwachung und Einhaltung der Gesetzestexte zuständige Hoheit aber denkt gar nicht daran, tätig zu werden, im Gegenteil, sie deckt den Skandal und ist mitverantwortlich für eine beispiellose Verarmung der Wälder, deren finanzielle Folgen die Waldbesitzer zu tragen haben. Die ökologischen Auswirkungen trägt die Gesellschaft, was ihr allerdings kaum bewusst ist.

Einzig der Freistaat Sachsen – und das kann gar nicht hoch genug gepriesen werden – hat unter einer CDU-geführten Regierung inzwischen das mit weitem Abstand

waldfreundlichste Jagdgesetz der ganzen Bundesrepublik verabschiedet, das zumindest denjenigen Waldbesitzern mit Eigenjagdgröße, die ihre gemischten Verjüngungen nicht durch die Mägen von Rehen und Hirschen wandern sehen wollen, die Möglichkeit eröffnet, effektiv in die Schalenwildbestände einzugreifen.

Nun wissen wir, dass es in der Forstwirtschaft eine sogenannte Keimruhe gibt, mit anderen Worten, die Umsetzung erkannter Probleme dauert bei uns etwas länger als anderenorts. Während bei Fabrikbesitzern Fehler in der Produktion in aller Regel umgehend bilanzwirksam werden, vergeht bei uns einige Zeit, bis sie sich auswirken. Die Rechnung kommt aber mit unausweichlicher Sicherheit, mit dem Unterschied, dass, wenn es ans Bezahlen geht, die Verantwortlichen in aller Regel längst tot sind. In den westlichen Bundesländern war dies in den fünfziger, sechziger und noch siebziger Jahren nicht anders. Man hatte das von den Nationalsozialisten geschriebene Jagdgesetz unverändert übernommen und die Trophäenhege nach alter Väter Sitte feierte landauf, landab fröhliche Urstände. Forstbeamte und Jäger waren immer staatstragend, denn sie waren neben Soldaten und Polizisten die einzigen im Lande, die Waffen tragen durften. Und Waffen drückt man natürlich nur demjenigen in die Hand, auf den man sich verlassen kann. Also waren die meisten Förster und Jäger zu Kaisers Zeiten Monarchisten, im Dritten Reich Nazis, in der DDR Sozialisten und nun sind sie

eben Demokraten. Wer heute in den Neuen Bundesländern über 50 Jahre alt ist und einen Jagdschein besitzt, war Parteigenosse, sonst wäre ihm die Teilhabe am edlen Waidwerk verwehrt geblieben und das Misstrauen war so groß, dass auch der linientreuste Jäger sein Gewehr nicht mit nach Hause nehmen durfte. Die Waffen wurden im „Kollektiv“ eingeschlossen und zur Jagd teilweise mit abgezählter Munition herausgegeben. Für die Parteilobben wurden sogenannte Rotwildforschungsgebiete ausgewiesen, deren alleiniger Zweck darin bestand, der Nomenklatur zum bequemen Abschuss zu verhelfen. Als ob es, seit Ferdinand von Raesfeld 1898 sein Standardwerk „Das Rotwild“ vorgelegt hatte, da noch irgendetwas zu erforschen gegeben hätte. Alles war bekannt!

Klar, dass in einer solchen Situation jede Kritik im Ansatz verstummt, denn sie hätte ja augenblicks dazu geführt, aus dem Kollektiv verstoßen zu werden. Dies war im Westen nicht anders. Gut, man konnte uns den Jagdschein nicht abnehmen, aber alle, die in der Nachkriegszeit vorsichtig den Finger erhoben, um auf die unerträglichen Schäden hinzuweisen, die überhegte Schalenwildbestände in unseren Wäldern anrichteten, sahen sich einem unsäglichen, gesellschaftlichen Spießrutenlaufen ausgesetzt. Ich selbst musste mir von Verwandten noch in den achtziger Jahren sagen lassen, mit meiner Einstellung werde ich zum „Totengräber des fränkischen Adels“!

Den Tag, der den Durchbruch für die Sache des Waldes brachte, kann man ganz genau bestimmen. Es war der Heilige Abend des Jahres 1971, an dem ein Film von Horst Stern über bundesdeutsche Bildschirme flimmerte, in dem das Problem gnadenlos beleuchtet wurde. Ein Aufschrei ging durch die Reihen der Jäger und mein Großvater mütterlicherseits, ein – wie man so schön sagte – hirschgerechter Jäger, ist knapp an einem Herzinfarkt vorbeigeschrammt.

Seitdem war nichts mehr so wie vorher. Natürlich wurden die Jäger nicht von einem Tag zum anderen vom Saulus zu Paulus, aber es dämmerte in Politik und Verwaltung, dass z.B. öffentliche Wälder nicht dazu da sind, den Hirschen zum Fraß vorgeworfen zu werden. Kämpferische Stimmen, allen voran die Forstleute Dr. Sperber und Bieblriether, mehrten sich, Forstprofessoren wie Köstler, Plochmann und Burschel schlugen gewaltig auf die Pauke, ANW (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft) und ÖJV (Ökologischer Jagdverein) taten ein Übriges, die Stimmung im Lande zu verändern und heute würde sich z.B. ein bayerischer Förster schämen, müsste er in seinem Revier Zäune bauen, um nachwachsende Wälder vor dem Äser hungriger Rehe zu schützen.

Von einem solchen Aufbruch sind wir in den Neuen Bundesländern „Lichtjahre“ entfernt. Im 25. Jahr nach der Wiedervereinigung gibt es hier auch nicht einen einzigen Forstmann, der sich unmissverständlich von den Hobbyjägern

distanziert und sich als entschiedener Verfechter für die Sache des Waldes einen Namen gemacht hätte. Einzelne Mutige wurden mundtot gemacht, indem man ihnen mit dienstlichen Nachteilen drohte. Aus Universitäten und Fachhochschulen ertönen gelegentlich zaghafte Stimmen für den Wald, gegen die Lobby der Jäger hilft aber kein Florett, hier bedarf es Schwerer Säbel.

Und wer zahlt die Zeche? Der Wald!

Man muss ja gar kein Forstmann sein und nicht einmal aus dem Auto steigen, um zu sehen, was in brandenburgischen Wäldern abläuft. Die Bevölkerung hat sich so an die Allgegenwart der Kiefern gewöhnt, dass man derlei als gottgegeben hinnimmt. Laubbäume wachsen in Brandenburg nur als Alleen entlang der Straßen und in Parks. Dabei würden praktisch überall die schönsten und im Waldgesetz auch geforderten Mischwälder stocken, wenn man nur bereit wäre, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der sich mit dem einfachen Motto „**Wald vor Wild**“ treffend umschreiben lässt.

Es ist wie im Straßenverkehr, einer muss Vorfahrt haben und „**Wald vor Wild**“ heißt ja noch lange nicht „Wald ohne Wild“. Der pensionierte Forstmann Wolf Hockenjos aus Baden-Württemberg hat hier einen wunderbaren Vergleich ersonnen. Jedermann kenne doch die lebensrettende Regel auf unseren Straßen, die da heißt: „Rechts vor Links“. Man

stelle sich das Chaos vor, das entstünde, wenn es plötzlich hieß „Rechts und Links“. Nicht anders ist es im Wald, der Vorfahrt haben muss vor dem Wochenendvergnügen einer verschwindenden Minderheit, nämlich der Hobbyjäger.

Zu meiner Zeit im Bayerischen Landtag ist es mit meiner tätigen Mithilfe und unter dem heftigsten Widerstand der Jäger gelungen, den Grundsatz **Wald vor Wild** ins Bayerische Waldgesetz aufzunehmen. Das hat sich als großer Segen erwiesen, denn der Umstand führte zur Entmachtung von Hegeringen und Jagdbehörden. Wenn heute ein Jagdausübungsberechtigter einen erhöhten Abschuss beantragt mit dem Hinweis, das Wild gehe zu Schaden, wird der Abschuss ohne Wenn und Aber umgehend genehmigt. Man ist also unabhängig von der geballten Inkompetenz, die Hegeringen innewohnt. Diese (und natürlich auch die Jagdbehörden) haben ein einziges Ziel: Möglichst viel Wild mit möglichst starken Trophäen heran zu hegen, um solventen Pächtern zu ihrem Wochenendvergnügen zu verhelfen. Der Zustand der Wälder spielt nicht die geringste Rolle und die sogenannten „Ein-Euro-Pächter“ (also Jäger, die nur einen Euro Pacht pro Jahr und Hektar zahlen) im deutschen Osten sind da keinen Deut besser. Der Chef der Landesforstverwaltung in Rheinland-Pfalz hat das Problem kürzlich treffend auf den Punkt gebracht als er feststellte, es sei doch unfassbar, dass jeder Revierförster selbstverständlich und ohne irgendjemand fragen zu müssen eine 200-jährige

Eiche fällen und auf den Markt werfen dürfe, für den Abschuss eines zusätzlichen Rehkitzes aber der Genehmigung von Hegering und Jagdbehörde bedürfe.

Leider – und das muss ehrlicher Weise erwähnt werden – spielen hier viele Waldbesitzer, namentlich diejenigen mit Eigenjagdgröße, eine unrühmliche Rolle. Ich kenne in Deutschland ein oder vielleicht zwei Dutzend Waldbesitzer mit Eigenjagdgröße, die den Grundsatz **Wald vor Wild** uneingeschränkt unterschreiben würden. Dem ganzen Rest, namentlich den meisten adeligen Waldbesitzern, ist das Jagdvergnügen allemal wichtiger als ihr Wald und es werden größte Vermögensverluste zu Lasten der Erben in Kauf genommen, um dieses sicherzustellen. Die Folge ist, dass auch Waldbesitzerverbände in aller Regel zwei Seelen in ihrer Brust spüren und von einem kompromisslosen Einsatz für die Sache des Waldes nicht die Rede sein kann.

Zurück nach Brandenburg:

Ich habe bereits erwähnt, dass es natürlich auch hier ein Wald- und ein Jagdgesetz gibt. Papier ist aber bekanntlich geduldig und der Inhalt dieser Gesetze wird von den Verantwortlichen vorsätzlich missachtet. Das Waldgesetz fordert stabile Mischwälder, diese aber gibt es praktisch nirgendwo. Das Jagdgesetz fordert Wildbestände in einer Höhe, die den Belangen von Land- und Forstwirtschaft Rechnung tragen. Dies ist so gut

wie nirgendwo umgesetzt.

Ich habe schon oft scherzhaft erwähnt, dass in der Schöpfungsgeschichte von allerlei Pflanzen und Getier die Rede sei, der Kulturzaun hingegen nicht vorkomme. Wo also ein solcher gebaut werden muss, stimmt etwas nicht. In Brandenburg läuft ohne Zaun gar nichts und nicht selten sind die Schäden in den Zäunen schlimmer als außerhalb, da sie nicht wilddicht gehalten werden. Dies ist Ausfluss der Tatsache, dass zuständige Stellen nicht bereit sind, das zu tun, wofür sie bezahlt werden, nämlich den Buchstaben des Gesetzes umzusetzen.

Zwei Beispiele, die als pars pro toto gelten können:

Nahe dem Städtchen Müllrose im Landkreis Oder Spree gibt es das Forstgut Falkenmoor, früher „die Dubrow“ genannt. Es handelt sich um einen ehemaligen Schießplatz der russischen Streitkräfte, der in den neunziger Jahren von einem Unternehmer aus dem Münsterland erworben wurde. Hier findet allerdings keine Forstwirtschaft statt, wie es das Waldgesetz vorsieht, sondern Hirschzucht. Auf den zweitausend Hektar stehen nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 400 Stück Rotwild (pro einhundert Hektar also 20 Stück), in der Brunft sehr viel mehr. Der Zustand des Waldes spottet jeder Beschreibung, die Hoheit aber schläft und der zuständige Hegering freut sich über das „El Dorado“.

Vergangenen Herbst war ich zu einer Drückjagd im Landkreis Dahme-Spree eingeladen. Der Jagd-

herr begrüße seine Gäste und forderte uns auf, das Rotwild beherzt zu bejagen, denn die Trittschäden in den Kulturen seien nicht mehr zu verantworten. Ich dachte, ich hätte mich verhört, aber mein ebenfalls anwesender Sohn versicherte mir, er hätte das auch so vernommen. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen, der Verbiss spielt offenbar keine Rolle und erst, wenn Herden von Rotwild Kiefernkulturen zertrampeln, wird man tätig. Geschossen wurde ... nichts!

All' das ist in den zuständigen Ämtern für Forstwirtschaft wohlbekannt, ebenso bei den Unteren Jagdbehörden. Unternommen dagegen wird ebenfalls nichts!

Wehe aber dem Waldbesitzer, dem der Wald wichtiger ist als das Wild. Er wird schikaniert, wo es nur geht, zusätzliche Abschusswünsche werden abgelehnt und Fehlabschüsse vom Hegering, der sich hier als Judikative auführt, mit Geldbußen belegt.

Die Folge ist, dass das Waldgesetz in Brandenburg nicht umgesetzt werden kann, es sei denn, man ist bereit, gegen das Jagdgesetz zu verstoßen. Aber wer begibt sich schon gerne in die Grauzone des Rechts. Vielleicht kommt ja mal einer unserer Landtagsabgeordneten auf die Idee, dass da irgendetwas nicht stimmen kann.

Wie in meinem Heft vor zehn Jahren will ich auch diesmal wieder mit einer Fotoreihe belegen, dass das, was ich hier vortrage, keineswegs erfunden, sondern traurige

Realität ist. Die Bilder stammen alle aus dem Landkreis Spree-Neiße, wurden Ende Mai 2014 aufgenommen, hätten aber genauso gut überall anders in Brandenburg fotografiert werden können. Das Problem ist ubiquitär.

Kiefernwirtschaft nach alter, preußischer Sitte

Die überhegten Schalenwildbestände lassen in Brandenburg nur eine primitive Form der Forstwirtschaft zu. Eigentlich ist es gar keine Forstwirtschaft, sondern ein in den Wald verlegter Ackerbau. Gedankliches Gerüst hierfür ist der Altersklassenwald, der vom nackten Waldboden ausgeht und mit Kiefern bepflanzt wird. Sind diese dick, werden sie flächig gerentet und der Kreis beginnt von neuem. Waldbaulich gesehen ist dies die Perpetuierung der Katastrophe, denn die Kiefer ist eine Pionierbaumart, die Flächen nach Störungen besiedelt und den Weg für die sogenannten Klimaxbaumarten bereiten soll, also Baumarten, die im Schatten oder Halbschatten der Kiefern nachwachsen und so einen stabilen Wald bilden. Ohne die Hilfe der Förster kann das durchaus 100 Jahre oder mehr dauern, was der Natur aber gleichgültig ist, denn der Begriff „Zeit“ ist ihr unbekannt. Wir Forstleute wollen natürlich nicht so lange warten und haben uns waldbauliche Kniffe ausgedacht, die diesen Prozess beschleunigen. Jeder Kahlschlag aber verhindert, dass der Wald wirklich zum Wald werden kann. Man fängt immer wieder von vorne an.



Das erste Bild (**Bild 1**) zeigt so einen Kahlschlag. Man fragt sich unwillkürlich, warum man jahrelang Universitäten oder Forstschulen besuchen muss, um so etwas anzugeben. Jedermann kann so etwas. Man erkennt deutlich, dass nach dem Kahlschlag gepflügt, also „Landwirtschaft“ betrieben wurde (im März der

Bauer die Rößlein einspannt...!). In die Furchen (**Bild 2**) werden nun pro Hektar ca. 20.000 (in Worten: zwanzigtausend) Kiefern gepflanzt, statt abzuwarten, dass Mutter Natur ihr Füllhorn in Form von Samen ausgießt, was zu tun sie durchaus bereit ist (dazu später mehr).

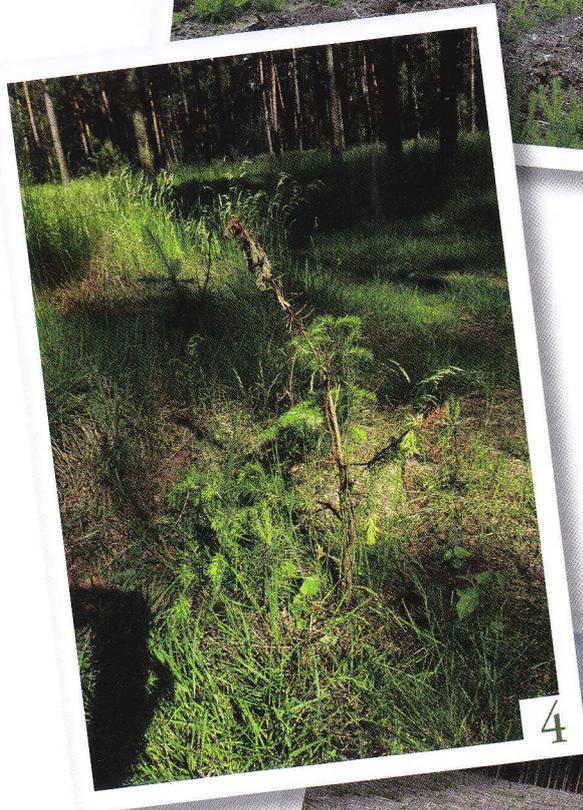


Die so angelegten „Kulturen“ (**Bild 3**) wachsen rasch nach oben, wobei jede Mischbaumart gnadenlos heraus gefressen wird. Kommt doch mal ein Bäumchen durch, wird es vom Rehbock gefegt (**Bild 4**).

Für die Trophäenhege ist diese Art der Waldwirtschaft aber zwingend vorgegeben, denn die Hirsche kommen abends hungrig zum Fraß aus den öden Dickungen auf die Kahlschläge, wo man genügend Zeit hat, die Enden der Geweihe zu zählen und so festzustellen, ob sie alt genug ist sind und dem „Hegeziel“ entsprechen. Tun sie dies nicht, werden sie erlegt, ist es aber ein „Zukunftshirsch“, der dereinst eine kapitale Trophäe verspricht, darf er weiter leben. Die Forstwirtschaft ordnet sich also der Jagdwirtschaft unter, mit anderen Worten: Wild vor Wald.

Wenn man dies will, dann soll man doch so ehrlich sein und dies auch sagen. Im Wald- und Jagdgesetz steht aber, wie oben ausführlich bemerkt, etwas ganz anderes. Man übertreibt also keineswegs, wenn man feststellt, dass hier ein ganzer Berufsstand auf breitester Linie versagt. Die Förster sind eine beklagenswerte Mesalliance mit den Sonntagsjägern eingegangen, deren Folge die Fotos eindrücklich vorführen.

Hier noch so ein Beispiel brandenburgischer Waldbaukunst. An den „Stubben“ erkennt man, dass hier Schwachholz im Kahlschlagverfahren geerntet wurde (**Bild 5+6**).





Nun geht es aber weiter. Da die Hirsche nur ja nicht zum Nachbarn wechseln dürfen, der sie womöglich erlegen könnte, wird alles getan, damit sie im Revier bleiben. Probates Mittel ist hier die Fütterung, die zur „Verhaus-schweinung“ des Wildes führt. Neben der Bindung an das Revier dient die Fütterung dazu, kapitale Trophäen zu „produzieren“ und begründet wird der Unsinn damit, es diene zur Gesunderhaltung des Wildes. Da fragt man sich allerdings, wie das Wild Jahr-millions der Evolution ohne Fütterung überstanden hat. Es glaubt doch wohl kein Mensch, dass die alten Germanen Futterkrippen in den Wald gestellt hätten, um das Wild fit zu halten.

Ein zweiter, für den Wald mindestens ebenso problematischer Umstand besteht darin, dass dringend nötige Pflegemaßnahmen, also Durchforstungen, nicht stattfinden, weil diese ja Unruhe in den Wald brächten, was die Hirsche übel nehmen und abwandern. Auf dem Bild sieht man so einen Kiefern-jungbestand, der

nach der Axt schreit, es geschieht aber nichts. **(Bild 7)**

Solche ungepflegten Dickungen gibt es in Brandenburg auf aber-tausenden von Hektaren und merkwürdigerweise fühlt sich das

Rotwild darin besonders wohl. Also sind sie „heilige Einstände“, die vor Eingriffen verschont bleiben. Irgendwann kommt dann der Schnee und unter diesem bricht alles zusammen und man hat zwanzig oder dreißig Jahre der Produktion verschenkt, denn nun muss man von vorne beginnen. **(Bild 8)**

Oder es sieht so wie auf diesem Bild **(Bild 9)** aus, wo die Hirsche jahrzehntelang ungehindert Schaden anrichten durften.

Dieser Bestand wird nie sägefähiges Holz liefern und kann höchstens als minderwertiges Brennholz Verwendung finden. Den Verlust trägt selbstverständlich der Waldbesitzer, da sich die Jäger



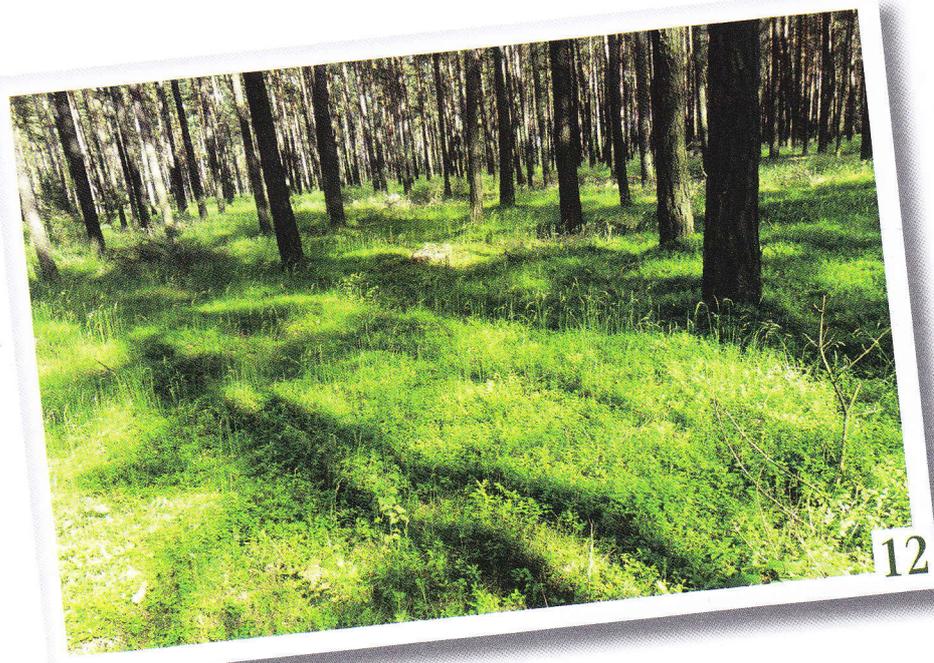
hier vor der Verantwortung drücken und rechtlich kaum haftbar gemacht werden können.

Das nächste Bild (**Bild 10**) ist von besonderer Delikatesse. Es zeigt eine Fichtenmonokultur, wie sie in der Niederlausitz nun wirklich nichts zu suchen hat. Die Fichte ist ein Flachwurzler, bedarf hoher Niederschläge und guter Böden. Beides gibt es hier bekanntlich nicht. Man beachte: es braucht einen Zaun, um die relativ verbissunempfindliche Fichte überhaupt hoch zu bringen! Was hier gezeigt wird, hat wiederum nichts mit Forstwirtschaft zu tun, sondern mit Jägerei. Sobald der Zaun zusammenbricht, was absehbar ist, wird die „Kultur“ zum Versteck für das Rotwild, Jäger nennen dies einen Einstand. Die Rinde der Fichte wird vom Wild geschält, was dazu führt, dass der Bestand nicht älter als 30 oder 40 Jahre wird, dann abstirbt und auch nur Brennholz liefert. Würde ein Examenkandidat in der Waldbauprüfung so eine Kultur für diesen Standort vorschlagen, es hieße unweigerlich „Setzen, sechs!“ In der Realität aber haben die Förster keinerlei Hemmung, solch' ele-

mentare Fehler zu begehen, um den Jägern in die Karten zu spielen, mit denen sie, wie schon erwähnt, ohnehin unter einer Decke stecken.

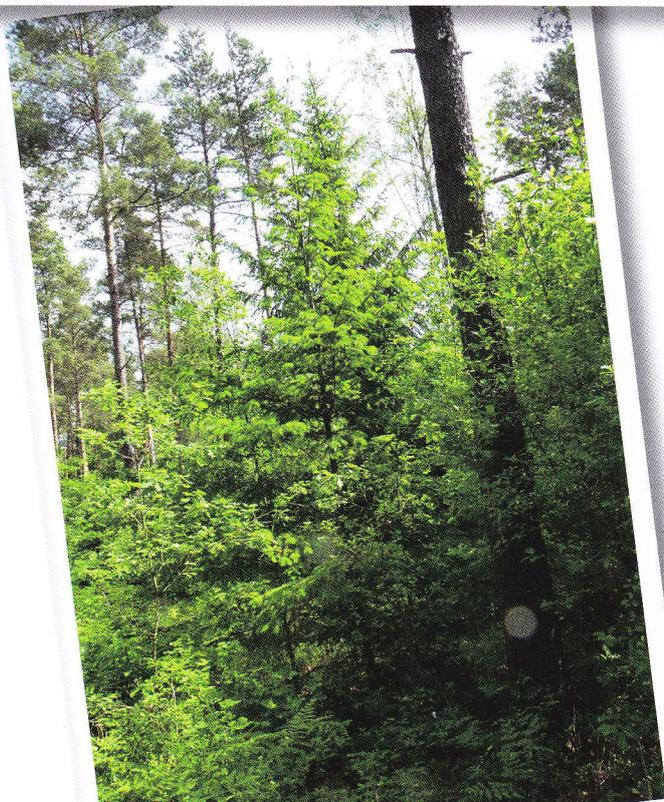
Das nächste Foto (**Bild 11**) zeigt so einen geschälten Baum, in diesem Fall eine Douglasie. Sie wurde vor ca. 20 Jahren in einem Zaun gepflanzt, alles vergebliche „Liebesmüh“, denn nun ist sie tot.

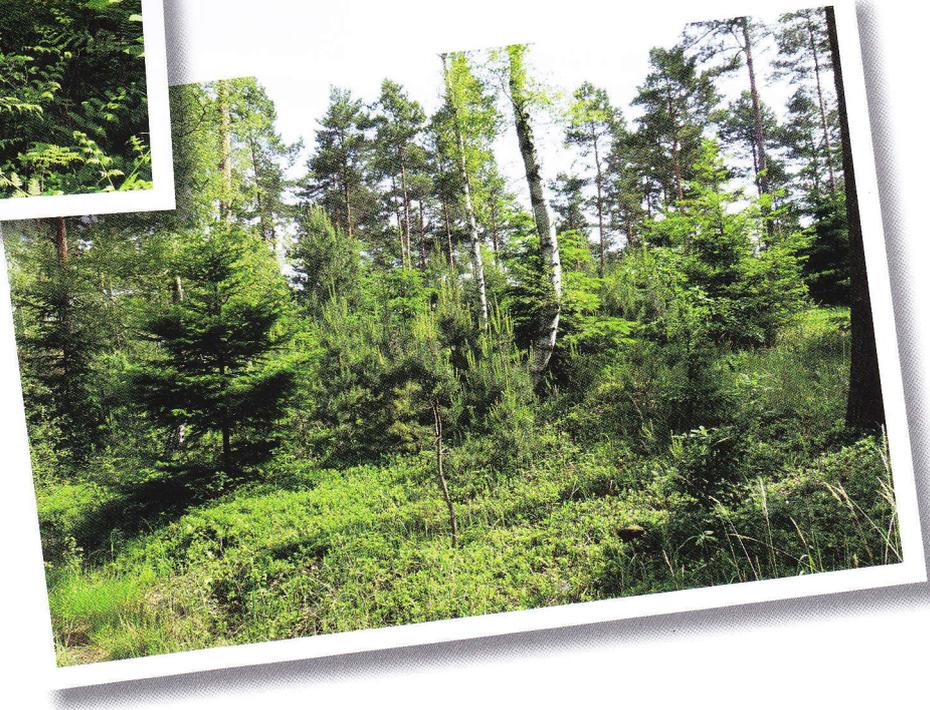
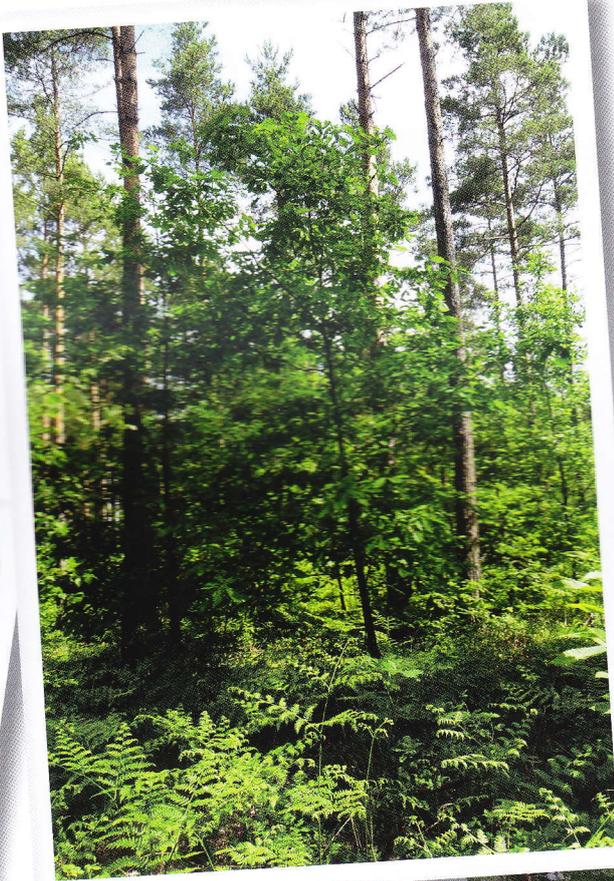
Hier noch ein Bild (**Bild 12**) aus einem angrenzenden Bestand. Bei diesem Lichteinfall müsste sich hier eine üppige Verjüngung einstellen – alles aufgeessen!



„Heut‘ schließt er wieder auf die Tür zum schönen Paradeis“

Immer wenn ich von einem Spaziergang durch die Reviere meiner Nachbarn zurück in unseren Betrieb in Reuthen komme, werde ich an obigen Vers aus einem bekannten Weihnachtslied erinnert. Die folgenden Fotos vermitteln einen Eindruck, warum das so ist.





Ich habe den Betrieb im Dezember 2000 erworben, wir wirtschaften also im vierzehnten Jahr. Keines dieser Bilder wurde in einem Zaun aufgenommen und mit Ausnahme von Douglasie und Esskastanie wurde kein einziges Bäumchen gepflanzt – alles Naturverjüngung, die es „gratis et franko“ gibt, was in eine Kostenersparnis erster Ordnung resultiert.

Hierzu ein Rechenbeispiel: Wollte man eine gemischte Kultur in dieser Qualität künstlich anlegen (was natürlich auch geht), entstünden Kosten, bis die Kultur als gesichert bezeichnet werden kann, von nicht unter 10.000,- Euro (in Worten: zehntausend Euro) pro Hektar. Das ist eine gewaltige Summe, die auf alle Kulturflächen hochgerechnet, schwindelerregende Höhen erreicht. Bei uns gibt es solche Verjüngungen inzwischen auf mehreren hundert Hektaren und jeder kann sich leicht ausrechnen, wieviel Geld wir hier eingespart haben. Und das alles nur, weil bei uns der Grundsatz **Wald vor Wild** gilt.

Natürlich wird uns immer wieder vorgeworfen, das gehe nur, wenn man das Wild ausrotte. Dies ist eine böswillige Unterstellung, denn natürlich gibt es bei uns Wild, allerdings nur soviel, dass der Wald wachsen kann, wie es das Jagdgesetz ausdrücklich vorschreibt. Unsere Rehwildstrecken haben sich bei ca. fünf Stück pro einhundert Hektar eingependelt. Und dass es auch Rotwild gibt, stellen die beiden Fotos (**Bild 13+14**) nachdrücklich unter Beweis:



Es handelt sich um Salweiden und Ebereschen, auch Vogelbeere genannt. Forstleute bezeichnen diese Baumarten als Weichlaubhölzer. Sie liefern kein Nutzholz, sind aber ein wertvoller, bodenverbessernder Teil der Begleitflora und Leibspeise der Hirsche. Die Stämmchen werden abgeknickt, damit die wohlschmeckenden Blätter erreicht werden können. Solche Schäden sind durchaus to-

lerierbar, aber natürlich müssen die Schalenwildbestände erst einmal soweit abgesenkt werden, dass diese Baumarten überhaupt wachsen können und nicht schon als Sämling in die Mägen der Hirsche wandern.

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, dass das Waldgesetz stabile Mischwälder fordert und dies in allen Bundesländern. Es

herrscht hier im Grundsatz ein länderübergreifender Konsens, nur an der Umsetzung hapert es.

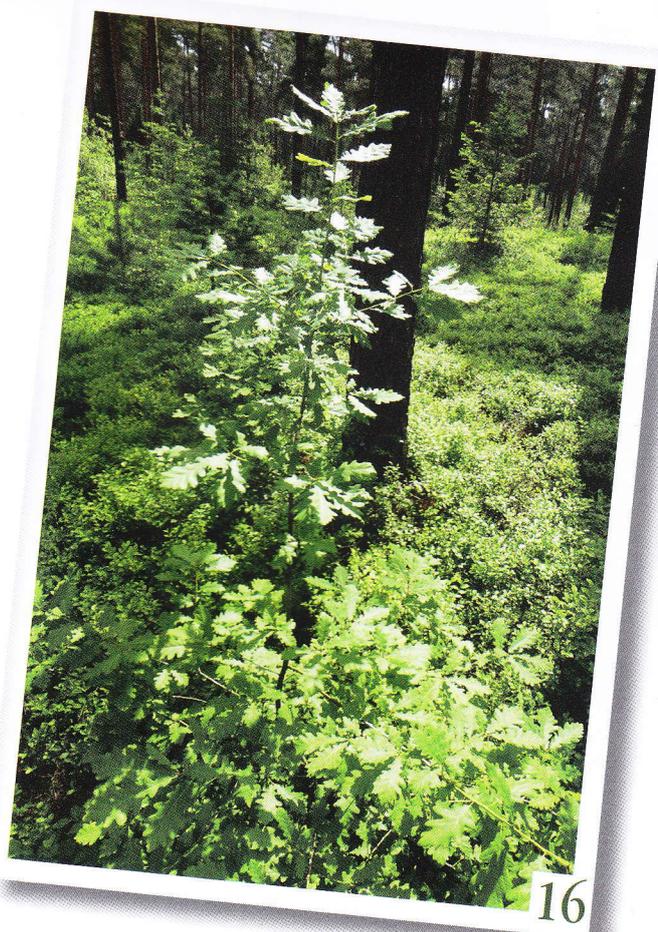
Der Aufbau von Mischwäldern ist ein Kinderspiel, wiederum vorausgesetzt es gilt der Grundsatz **Wald vor Wild**. In meiner fränkischen Heimat gibt es einen Förster, der folgenden, schönen Spruch geprägt hat: „Holz hacken und Rehe schießen, dann kann auch der dümmste Förster einen Mischwald nicht aufhalten.“ Das sei zu banal? Nun, schon Goethe wusste, es verdrieße den Menschen, dass die Wahrheit so einfach sei.

In der Natur und somit natürlich auch bei uns im Wald, gibt es sogenannte sukzessionale Abläufe, die sich wiederholen. So besiedeln standortheimische Baumarten ihr angestammtes Terrain von selbst, es sei denn, sie werden



aufgefressen. Das gilt selbstverständlich auch für Brandenburg, selbst wenn der Augenschein das Gegenteil vorführt. Es folgen nun ein paar Bilder, die junge Laubbäume zeigen, die sich ohne unser Zutun kostenlos eingestellt haben:

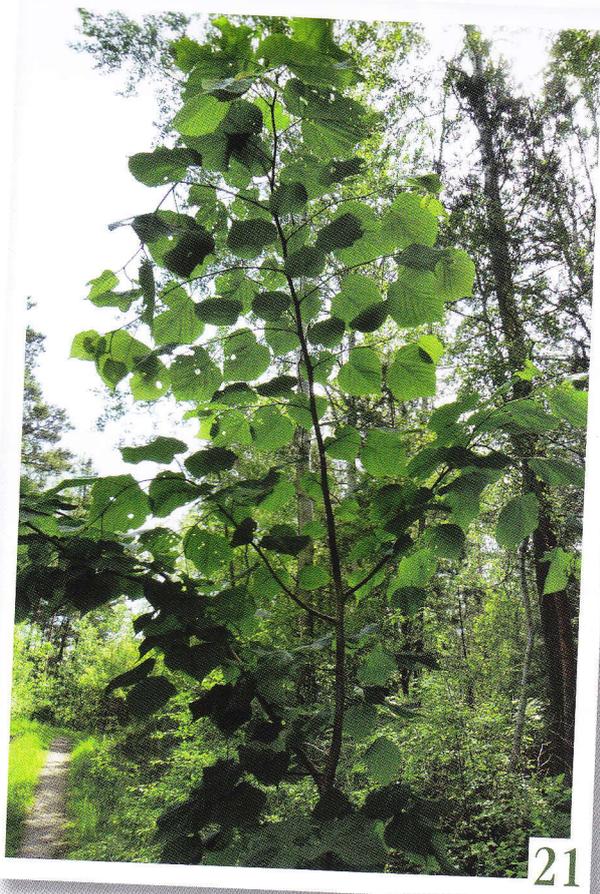
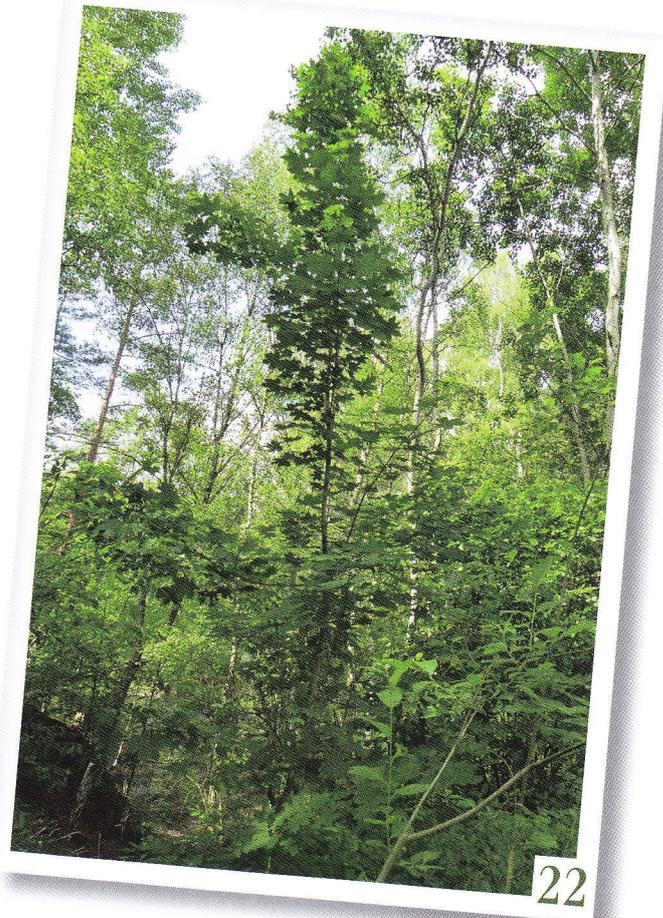
Zunächst ein Ahornsämling (Bild 15). Woher der Same kam, weiß nur der liebe Gott, aber Ahornsamen haben Flügel, als Kinder haben wir sie uns auf die Nase geklebt. Ein ordentlicher Herbststurm kann sie kilometerweit vertragen.



Jetzt eine kleine Eiche, die sich im Halbschatten der Kiefern nach oben schiebt (Bild 16). Weit und breit kein Mutterbaum, wie hat es die Eichel also hierher geschafft? Die Eicheln haben bekanntlich keine Flügel, aber die Natur hat ihnen solche in Form des Eichelhäher verliehen. Diese nützlichen Vögel sind im Herbst tages, tagaus damit beschäftigt, herunterfallende Eicheln im ganzen Wald zu verstecken in der Hoffnung, sie im Winter wieder zu finden. Die allermeisten finden sie natürlich nicht mehr, sie keimen im Frühjahr und werden zu Bäumen, wiederum vorausgesetzt es gilt: **Wald vor Wild**.

Es folgen ein Rotbuche (**Bild 17**), eine Blutbuche (**Bild 18**), eine Rot-
eiche (**Bild 19**), ein Bergahorn (**Bild 20**), eine Linde (**Bild 21**), ein
Spitzahorn (**Bild 22**) und schließlich eine Baumart, die brandenbur-
gische Förster nur aus dem Lehr-
buch kennen, eine Walnuss (**Bild 23**), auch diese vom Eichelhäher
aus irgendeinem Garten in den
Wald getragen, wo sie ungeschützt
fröhlich gedeiht.







24



25



26

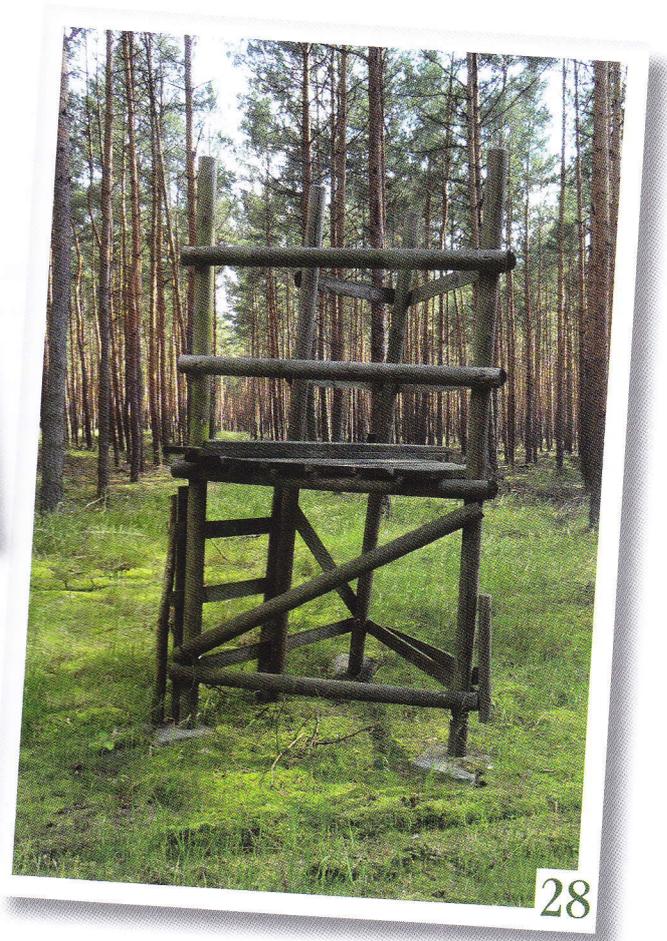
All diese Baumarten werden nach Jahrzehnten den geforderten, stabilen Mischwald formen, wie er in Ansätzen auf den nächsten Bildern (**Bild 24+25**) zu erkennen ist.

Natürlich gibt es auch bei uns noch reihenweise gleichaltrige Reinbestände. Wir können schließlich nicht zaubern.

Diese werden, wie auf dem nächsten Bild (**Bild 26**) zu sehen ist, von uns scharf durchforstet, damit dem Einzelbaum Platz zum wachsen gegeben wird und Licht auf den Boden kommt.

Letzteres dient dazu, dass die Nadelstreu umgesetzt, also zu Humus wird. Damit wird der Bo-

den fängisch für die gewünschte Naturverjüngung, die sich selbstverständlich über die Jahre auch hier einstellen wird. Man muss wahrlich kein Prophet sein, um dies vorauszusagen. Gut zu erkennen ist eine Rückgasse, unverzichtbare Voraussetzung für maschinelle Durchforstungen.



Zum Schluss zwei Bilder, die unterschiedliche Jagdmethoden beleuchten.

Das erste (**Bild 27**) zeigt eine unserer Kanzeln, die die Voraussetzung für unsere jagdlichen Erfolge bei Treibjagden sind. Sie sind in Fußhöhe 4,20 m hoch und haben kein Dach, damit in alle Richtungen ungehindert geschossen werden kann. Die Höhe hat zwei wesentliche Gründe: Erstens sitzt man außerhalb des Blickwinkels des Wildes und zweitens, noch viel wichtiger: Je höher eine Kanzel,

desto steiler der Winkel, den das Geschoss nach unten nimmt. So kann der Schütze sehr viel sorgloser schießen, als dies von tieferen Ständen oder gar vom Boden aus möglich wäre, denn er hat immer einen Kugelfang. Bei uns steht pro zehn Hektar eine solche Kanzel und wenn man einmal von diesen gejagt hat, will man auf keine andere mehr. Sie kosten, bis sie dort stehen, wo man sie haben will, zwischen 350,- und 400,- Euro. Das klingt zunächst viel ist aber angesichts der von dort oben erlegten Strecken ausgesprochen preiswert.

Und was die so herbeigeschossenen Verjüngungen wert sind, wurde ja schon ausgiebig erörtert.

Das zweite Bild (**Bild 28**) zeigt einen Ansitzbock, wie ich ihn in einem Nachbarrevier gefunden habe. Diese Böcke sind zwar besser als gar nichts, letztendlich aber nur die zweitbeste Lösung. Das Wild erkennt oder riecht den Jäger und die Sicherheit ist bei weitem nicht so gegeben wie bei uns. Die Sitze sind zweifellos billiger als unsere, aber wir entscheiden uns lieber für die preiswerte Lösung.

Quintessenz

Das hier Gesagte wirft natürlich Fragen auf. Für mich als treuen Zahler des Solidarzuschlags ist es zunächst ein großes Ärgernis, dass Politiker in den Neuen Bundesländern nach wie vor gar nicht laut genug „Hier“ rufen können, wenn es um die Verteilung immer neuer Zuwendungen aus öffentlichen Kassen geht, man gleichzeitig aber tatenlos zusieht, wie in den eigenen Wäldern Jahr für Jahr Millionenwerte den Hirschen zum Fraß vorgeworfen werden.

Weiter stellt sich die Frage, warum die Legislative anspruchsvolle Gesetze verabschiedet, die Exekutive aber gar nicht daran denkt, diesen Geltung zu verschaffen. Aus dem Forstministerium in Potsdam heißt es dann, das Jagdrecht hinge doch am Eigentum und die Grundholden müssten sich eben wehren, wenn zu viel Wild zu Schaden ginge. Dies ist nichts anderes als eine Verhöhnung der Waldbesitzer, namentlich derjenigen, deren Wald keine Eigenjagdgröße hat und das ist die große Mehrzahl. Diese sind chancenlos gegen Hegeringe und Jagdbehörden und Spielball der Interessen der Sonntagsjäger.

Jäger stellen bei solchen Debatten die Frage, wieviel Wild denn pro einhundert Hektar tragbar sei. Hierfür kann es keine Zahlenangabe geben, sondern nur die Forderung: Heimische Baumarten müssen ungeschützt hochwachsen können. Früher sorgten die Prädatoren, also die fleischfressenden Raubtiere, dafür, dass dies gewährleistet war. Nachdem man diese

ausgerottet hat, muss der Jäger deren „Handwerk“ übernehmen. In der Lausitz gibt es zum Glück inzwischen wieder Wölfe. Statt sich zu freuen, verfluchen die Jäger diese Konkurrenten und würden sie am liebsten alle totschießen, was allerdings mit hohen Strafen bewehrt ist. Dennoch findet man immer wieder tote Wölfe mit einer Ladung Schrot im Bauch

Aus dem zuständigen Ministerium verlautet, zwei Stück Rotwild pro einhundert Hektar Waldfläche seien tragbar. Dem entgegne ich aus eigener Erfahrung: All die schönen Waldbilder, die in diesem Heft zu sehen sind, wären bei einer solchen Wilddichte unmöglich. Ein halbes Stück pro einhundert Hektar, also eines pro zweihundert Hektar Waldfläche ist die absolute Obergrenze, die der Wald verträgt. Da sich aber niemand traut, dies auch zu sagen, bleiben zur Erklärung zwei Möglichkeiten: An den verantwortlichen Stellen im Ministerium sitzen entweder Leute, denen der nötige Sachverstand fehlt oder sie handeln vorsätzlich für die Jäger und gegen den Wald. Zu ihren Gunsten möchte man Ersteres annehmen.

Zum Rotwild kommen ja noch die Rehe und in vielen Revieren Dam- und Muffelwild. Mit letzteren räumen nun die Wölfe auf und rotten eine Wildart aus, die hier nichts zu suchen hat und nur zum Schießvergnügen der Jäger ausgesetzt wurde. Keine Jagdbehörde hätte den „Totalabschuss“ genehmigt, den die Wölfe nun durchführen. Um zum Erfolg zu kommen und auf großen Flächen dem gefor-

dernten Mischwald ein Chance zu geben, sind zwei Dinge dringend nötig: Erstens die Abschaffung der Hegeringe und zweitens die Entmachtung der Jagdbehörden. Im Grunde könnten Letztere ebenso abgeschafft werden, denn die Mitarbeiter dort haben schlicht nichts zu tun, sieht man einmal davon ab, dass sie die Revierinhaber mit überbordender Bürokratie belästigen. Die Jagdscheine, die diese Behörde ausstellt, könnten genauso gut bei den Paß- oder Führerscheinstellen gefertigt werden (Ich bin aber Realist: An der Jagdbehörde im Landratsamt in Forst, Landkreis Spree-Neiße, tut die von mir sehr geschätzte Ehefrau unseres verehrten Herrn Ministerpräsidenten Dienst. Es hieße, diese zu überfordern, wollte man von ihr erwarten, dass sie nach Feierabend Ihrem Mann erklärt, warum ihr Arbeitsplatz überflüssig sei!).

Was das Rotwild anbetrifft, sollte man sich in Potsdam Gedanken darüber machen, wie die Aufgaben der Hegeringe durch ein professionelles, überregionales Wildtiermanagement übernommen werden können. Neuerdings tritt in Brandenburg vermehrt Elchwild auf. Wie man damit umgehen will, ist vorerst vollkommen unklar. So gut ich das Ministerium in Potsdam aber kenne, wird man wohl bald an die Gründung entsprechender Hegeringe denken, statt den Totalabschuss einer Wildart anzuordnen, die hier nichts zu suchen hat. Elche stellen eine Gefahr nicht nur für den Wald, sondern für Leib und Leben jedes Verkehrsteilnehmers dar. Man stelle sich vor, was

passiert, wenn zur Nacht plötzlich ein Elch auf der Straße steht.

Für Rehwild genügt es vollkommen, eine Mindestabschusszahl für jedes Revier festzusetzen, die nach oben beliebig überschossen werden darf. An die gegenwärtigen Abschusspläne hält sich ohnehin niemand. Wer weniger schießen will, meldet die sprichwörtlichen Postkartenabschüsse, wo mehr geschossen wird, landet das Fleisch im Kochtopf. Das alles ist ja gar nicht zu kontrollieren und interessiert auch niemanden.

Entscheidend wird sein, ob man sich dazu entschließen kann, ein Jagdgesetz zu formulieren, das sich am Wohl der Wälder orientiert und nicht am Verlangen nach Trophäen über dem Sofa. Vielleicht ruft mal einer der Verantwortlichen in Dresden an, um sich Rat zu holen, wie man hierbei vorgehen könnte. Es ist mir vollkommen schleierhaft, warum es in Brandenburg in der Politik und im vorpolitischen Raum so gut wie keine einzige Person oder Institution, geschweige denn, eine Partei gibt, die dieses himmelschreiende Problem erkannt hat und sich mit Verve seiner annimmt.

Wenn dieses Heft erscheint, vollende ich mein 65. Lebensjahr. Sollte ich in zehn Jahren noch leben und die Kraft dazu haben, werde ich mich ein drittes Mal mit der Kamera in den Wald begeben und nachsehen, ob dann nicht doch erste Erfolge für den geschundenen Wald vermeldet werden können. Große Hoffnung habe ich allerdings nicht.

Sebastian Frhr. v. Rotenhan
Bohsdorfer Weg 1
03130 Felixsee OT Reuthen
Tel.: 0151-55113512 · E-Mail: srotenhan@t-online.de